

Bulgariens und Rumäniens
schwierige Rückkehr
nach Europa

Die EU vor der Südosterweiterung

Olaf Leiß

Die Europäische Union hat es sich mit ihrer Entscheidung zur Aufnahme Bulgariens und Rumäniens nicht gerade leicht gemacht. Nachdem beide Länder bereits 1993 über Assoziierungsverträge mit der Europäischen Union verbunden worden sind und 1995 Beitrittsanträge gestellt hatten, verlangsamte sich der Heranführungsprozess. Tiefer noch als die übrigen mittel- und osteuropäischen Kandidatenländer stürzten Bulgarien und Rumänien in das Tal der politischen Stagnation, wirtschaftlichen Rezession und sozialen Konfusion. Das Ausmaß der politischen, ökonomischen und sozialen Zerrüttung sowie die Unfähigkeit der kommunistisch geprägten Technokraten der Nachwendezeit, die notwendigen Reformen beherrscht anzupacken, ließen die Europäische Union zurückhaltend in Bezug auf eine mögliche Vollmitgliedschaft werden. Erst im Jahr 2000 wurden mit beiden Ländern Beitrittsverhandlungen begonnen, die 2004 erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Bulgarien und Rumänien verpassten jedoch den nahtlosen Anschluss an die fünfte Erweiterungsrunde, bei der zum 1. Mai 2004 gleich zehn neue Staaten in die EU aufgenommen worden sind.

Ein historischer Augenblick?

Der Abschluss der Beitrittsverträge im April 2005 ist ein Kuriosum in der europäischen Integrationsgeschichte. Obwohl die Union noch immer große Bedenken hatte, beide Länder als Vollmitglieder aufzunehmen, wurden Verträge abge-

schlossen, die eine Aufnahme zum Jahresbeginn 2007 oder 2008 selbst dann vorsahen, wenn sich an den inneren Missständen nichts ändern würde. Aus Sorge vor einem Instabilitätsimport wurden im Gegenzug jedoch beide Länder unter eine verstärkte Beobachtung durch die Kommission gestellt. In dichter Folge dokumentierte die Kommission die Fortschritte in den monierten Bereichen. Ende September 2006 gab die Kommission endlich grünes Licht zum lang ersehnten Beitritt beider Länder zum 1. Januar 2007. Doch zugleich wurden auch die bereits im Beitrittsvertrag fixierten Schutzklauseln bestätigt. Demnach können beiden Ländern bis zu drei Jahren nach dem Beitritt bestimmte Rechte wieder entzogen werden, sollten sie gegen Auflagen der EU verstoßen. Zudem ist es auch möglich, Zahlungen aus den Strukturfonds und dem Agrarhaushalt zu unterbrechen, auszusetzen oder aufzuheben, wenn die Abrufung und Kontrolle der Mittel nicht reibungslos funktionieren. Eine solche strenge Aufsicht wurde bisher noch keinem Beitrittsland zugemutet. Mit dem Monitoringverfahren versucht Brüssel erstmals, die Transformationsbemühungen auch nach einem Beitritt zu kontrollieren und zu forcieren. Darüber hinaus werden zunächst weder die Personenkontrollen aufgehoben noch freier Zugang zum Arbeitsmarkt gewährt. Diese Restriktionen ließen bei den 30 Millionen Bulgaren und Rumänen sogleich Gefühle einer „Mitgliedschaft zweiter Klasse“ aufkeimen, doch meinte der

rumäniendeutsche Europaabgeordnete Ovidiu Gant gegenüber der in Bukarest erscheinenden *Allgemeinen Deutschen Zeitung* mit Recht: „Seien wir realistisch und aufrichtig: Rumänien hatte viel nachzuholen, und es gibt noch eine Menge zu tun.“

Perspektiven für Südosteuropa

Das größte innenpolitische Problem ist in beiden Ländern die nachhaltige Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität. Bulgarien gilt als Transitland für den Menschenhandel mit Westeuropa. In Rumänien begünstigen Mängel bei der Privatisierung der Staatsbetriebe und eine wuchernde Bürokratie die „große“ Korruption. In beiden Ländern ist die allgegenwärtige Armut, von der rund ein Drittel der Bevölkerung unmittelbar betroffen ist, Ursache für die „kleine“ Korruption im Alltag. So berichtete die rumänische Zeitung *Curierul National*, dass achtzig Prozent der Bürger schon einmal Schmiergeld gezahlt haben. Trotz einer deutlich strengeren Verfolgung ist noch kein wirklich bedeutender Fall zur Anklage gekommen, der eine abschreckende Wirkung auf Nachahmungstäter erzielen könnte. Die Europäische Union wird auch nach einem Beitritt weiterhin Hilfestellung geben müssen, damit Korruption und organisierte Kriminalität nicht fester Bestandteil der politischen Kultur beider Länder bleiben.

Gelingt dies, dann sind die politischen Perspektiven für Südosteuropa durchaus günstig. Der EU-Beitritt wird voraussichtlich die politische Landschaft in beiden Ländern weiter stabilisieren. Der spektakuläre Wechsel der Demokratischen Partei des rumänischen Staatspräsidenten Basescu von den europäischen Sozialisten zur EVP Mitte 2005 und die momentanen Spekulationen über eine Rückkehr der Partei in das linke Spektrum zeigen, wie ungesteuert die politischen Strukturen sind. Auf lange Sicht dürften

sich jedoch in beiden Ländern diejenigen Parteien fest etablieren, die ein Pendant im Europäischen Parlament und damit Unterstützung durch ihre jeweilige europäische Parteifamilie haben. Die wirtschaftlichen Unwägbarkeiten der kommenden Jahre könnten die dringend benötigte Stabilisierung jedoch gefährden. Denn beiden Ländern stehen tief greifende soziale und ökonomische Umwälzungen bevor. Bei sämtlichen ökonomischen Kennziffern – Bruttoinlandsprodukt, Pro-Kopf-Inlandsprodukt, Arbeitsproduktivität, Einkommen, Auslandsinvestitionen und Inflationsrate – nehmen Bulgarien und Rumänien die Randpositionen in Europa ein. Eine Ahnung von der Gewalt der notwendigen Transformation erhält man, wenn man sich vor Augen führt, dass weit über dreißig Prozent der Beschäftigten in Rumänien in der Landwirtschaft tätig sind, dabei jedoch nicht einmal vierzehn Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beitragen. In Bulgarien tragen knapp siebenundzwanzig Prozent der im Agrarsektor Beschäftigten rund achtzehn Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Zudem hat die Landwirtschaft eher subsistenzwirtschaftlichen Charakter, denn dreiundachtzig Prozent der Landwirte in Rumänien produzieren nur für den Eigenbedarf, während lediglich vier Prozent mehr als die Hälfte ihrer Produkte verkaufen. Wenn man sieht, dass derzeit in der EU 4,5 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft arbeiten, dann kann man ermessen, dass die Modernisierung der Landwirtschaft beider Länder in der kommenden Dekade schneller und tief greifender verändern wird als alle sozialistischen Experimente. Pferd und Wagen sowie museumsreifes landwirtschaftliches Gerät werden endgültig der Vergangenheit angehören, dafür wird dann eine Mehrheit der Landbevölkerung über fließendes Wasser verfügen.

Der Beitritt zur EU wird die Ambivalenz des Fortschrittes vertiefen. Fort-

Bauern in den Rhodopen/Bulgarien arbeiten mit einem Pferdeflug auf dem Feld (aufgenommen im April 2002). Die Landwirtschaft, die teilweise noch sehr traditionell geführt wird, ist in Bulgarien ein wichtiger Wirtschaftssektor.

© ZB – Fotoreport; Foto: Tom Schulze/Transit



schritt bringt Wohlstand und Technik, hohe Standards und den Anschluss an die Welt, aber er zermalmt auch Traditionen und bäuerliche Lebensweisen, bringt Arbeitslosigkeit und die Sorge, mit den raschen Veränderungen nicht mehr Schritt halten zu können. Die Erfahrungen in den übrigen Mitgliedstaaten der Region zeigen, wie rasch Europa-Enthusiasmus in Skepsis umschlagen kann, wenn es keine spürbaren Verbesserungen im Land gibt. Die Hoffnungen, die auf der EU lasten, sind enorm. Die Geschehnisse in Ungarn in den vergangenen Monaten, aber auch der nationale Ruck in Polen geben einen Vorgeschmack darauf, dass die soziale und wirtschaftliche Transformation auch Rückwirkungen auf die Politik haben wird. Es bleibt die Hoffnung, dass populistische, nationalistische und rechtsextreme Parteien keinen Zulauf bekommen

werden. Diese Parteien stehen schon bereit, um nach einem Beitritt das derzeitige EU-Kritik-Verbot aufzuheben und die Unzufriedenen und Enttäuschten einzufangen. Sie haben bereits angekündigt, nun ihrerseits die EU beobachten und die Nation verteidigen zu wollen. Mit Recht warnte der rumänische Staatspräsident Basescu seine Landsleute, dass es vom Beitritt zur Integration noch ein weiter Weg sei.

Europäische Sorgen

Trotz der enormen Transferleistungen der Europäischen Union, die Bulgarien und Rumänien 10,1 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2007 bis 2009 zugesagt hat, ist eine weitere Vertiefung und Verfestigung der Wohlstandsdivergenzen in Europa wahrscheinlich. Während bereits

in Deutschland die Mühen und Friktionen des Heranführungsprozesses studiert werden können, potenziert sich das Gefälle im europäischen Maßstab. Die große Aufgabe, der sich die Union in den kommenden Jahren stellen muss, ist die Frage einer weiteren Angleichung von Staaten, Regionen und Gesellschaften, die sich historisch noch nie auf einem gemeinsamen Niveau befanden. Der Einsatz von Schutzklauseln kann dabei nur eine *Ad-hoc*-Maßnahme sein, der konstruktive und flexible Reformen folgen müssen.

Beitrittsperspektiven

Innerhalb der EU erhält der ohnehin schon vielstimmige europäische Chor weitere Stimmen. Die Sorge vor einer Zunahme der Entscheidungsunfähigkeit ist durchaus begründet in einer Gemeinschaft, deren Strukturen im Grunde noch auf die alte westeuropäische „Kuschelgemeinschaft“ zugeschnitten sind. Und weitere Aufnahmen sind, trotz der jüngsten Äußerungen von Bundeskanzlerin Merkel und Kommissionspräsident Barroso, sehr wahrscheinlich. Neben der höchst umstrittenen Türkei haben vor allem die Balkanstaaten eine realistische Beitrittsperspektive. Mazedonien und Kroatien sind bereits im engeren Gespräch; Bosnien und Herzegowina, das Kosovo und Montenegro müssen weiter stabilisiert werden; auf lange Sicht haben Albanien und nach erfolgreicher Überwindung seiner nationalistischen Verirrungen auch Serbien eine Beitrittsperspektive. In Osteuropa signalisiert die Ukraine noch immer ihren Beitrittswunsch. Und schließlich könnten auch

die übrig gebliebenen EFTA-Länder – Island, Norwegen, Schweiz, Liechtenstein – der EU beitreten wollen. Mehr denn je sollte daher über die Zukunftsfähigkeit der Gemeinschaft nachgedacht werden.

Erweiterung verlangt Vertiefung

Bulgarien und Rumänien und auch den weiteren Beitrittskandidaten kann und darf nicht angelastet werden, dass die Mitgliedstaaten derzeit zu keiner Entscheidung über die Zukunft der EU finden. Schließlich haben beide Länder im Konvent zur Zukunft der Europäischen Union konstruktiv am Entwurf des Verfassungsvertrages mitgearbeitet. Dass der in der „Denkpause“ befindliche Verfassungsentwurf die Finalitätsfrage nicht beantwortet und doch gleichzeitig das Grundgesetz für einen nicht existenten Staat bilden soll, ist ein Konstruktionsfehler, der dringend behoben werden muss. Die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens macht deutlich, dass die Union zu einer Freihandelszone unter Garantie von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft mutiert ist. Wenn die EU in Zukunft mehr sein soll als eine große EFTA, dann muss der „europäische Gedanke“ der Gründung einer echten politischen Gemeinschaft durch eine lebendige und ehrliche Verfassungsdebatte reanimiert werden. Beide unlösbar miteinander verbundenen Prozesse der Vertiefung und Erweiterung werden nach der Aufnahme Bulgariens und Rumäniens weitergehen und, wie sich allmählich abzeichnet, die europäische Politik länger beschäftigen als von vielen befürchtet und von manchen erhofft.